

Sonderrundbrief Wahlprüfsteine No. 2 Wahl Kreistag/Landrat

Matthias Holtermann hat die Antworten auf unsere Fragen zur Wahl im Folgenden zusammengefasst. Wenn Sie Nachfragen wegen des Verfahrens haben, bitten wir um eine Mail an:

Matthias Holtermann
matthiasholtermann@gmx.de

**Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland**
Ortsgruppe Kerpen
bund.kerpen@bund.net

BUND Kreisgruppe REK
<https://bund-rhein-erft.de>

Liebe Leser*innen,
für die Weiterleitung bzw. Weitergabe unseres Rundbriefes sind wir sehr dankbar!
Mit freundlichen Grüßen
Ihre BUND Ortsgruppe Kerpen
Kerpen, 01.09.2020

Kreistagswahl-Prüfsteine anlässlich der Wahl des Kreistags und des Landrates

Die Reihenfolge des Abdrucks ist nach der Stimmenanzahl bei der letzten Kreistagswahl gewählt bzw. – sofern nicht angetreten – alphabetisch. Landratskandidaten einer Partei/Wählervereinigung sind direkt nach der Partei/Wählervereinigung aufgeführt.

CDU – Kreisverband Rhein-Erft sowie Landratskandidat Frank Rock (CDU)

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Der Strukturwandel betrifft alle Menschen im Rheinischen Revier und vor allem im Rhein-Erft-Kreis. Wir haben mit Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Frechen, Hürth und Kerpen insgesamt sechs unmittelbar betroffene Kommunen mit rund 286.000 Einwohnern. Also deutlich mehr als die Hälfte aller hier im Kreis lebenden Bürgerinnen und Bürger. Deswegen ist mir die Beteiligung möglichst aller an diesem Prozess auch so wichtig.

Ich denke mit dem Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist ein Anfang gemacht worden. Es ist eine solide inhaltliche Grundlage für die weitere Entwicklung, die unter größtem Zeitdruck entstanden ist. An dieser ersten Fassung können wir uns in der Region nun abarbeiten und hier ist eine breite Bürgerbeteiligung der entscheidende Faktor, denn damit steht und fällt die Akzeptanz für das, was in der Region in den nächsten Jahrzehnten passieren soll.

Es gilt jetzt die Betroffenen zu Beteiligten zu machen, dies könnte in vier Phasen mit unterschiedlichen Formaten vor Ort erfolgen (angesichts der Corona-Pandemie auch digital):

- Ein Bürgergutachten zur Zukunft des Rheinischen Reviers.
- Leitlinien der Charta zur Beteiligung für die zukünftige Beteiligung der Zivilgesellschaft.
- Weitere Revierkonferenzen bei denen die Betroffenen sich direkt informieren können.
- In allen Planungsschritten größtmögliche Transparenz durch eine stetige Informations- und Kommunikationsplattform.

Mir ist es persönlich wichtig, dass dieser politisch und gesellschaftlich gewollte Strukturwandel von uns als Chance begriffen wird! Eine Chance sowohl für neue zukunftssichere Arbeitsplätze, aber auch für den Klimaschutz, für nachhaltige und innovative Wertschöpfungsketten sowie eine noch lebenswertere Heimat.

2. Was soll ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Ich komme aus Hürth. Dort sehen wir heute noch die Folgen des Braunkohleabbaus, auch wenn schon lange kein Tagebau mehr zu sehen ist. Daher ist mir das Thema jeden Tag präsent und ich kann verstehen, welche Emotionen mit einem Ort verbunden sind, in dem man aufgewachsen ist und an dem viele Erinnerungen hängen.

Gleichzeitig wohnt in jedem Neuanfang eine Chance inne und das sehe ich auch für die Bewohnerinnen und Bewohner von Manheim, welche mehrheitlich ja bereits eine neue Heimat gefunden haben.

Die neue Tagebauplanung bietet vielerlei Möglichkeiten, das Ortsgebiet Manheim sinnvoll zu nutzen. Ich könnte mir beispielsweise auch vorstellen, dass die Flächen in die Überlegungen zur Projektsammlung „SpeicherStadtKerpen“ einbezogen werden. So könnte unter dem Projektnamen „Hambacher Lichtungen“ die Aufforstung des Areals um die bestehenden Wälder ermöglicht werden.

Grundsätzlich gibt es viele Möglichkeiten für eine Nutzung und verschiedene Interessen, die in dieser Frage abgewogen werden müssen. Ich stehe für eine Kultur des Dialogs und möchte gerne gemeinsam mit der Bevölkerung die beste Lösung finden.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre?

Bei dieser Frage bleibt die persönliche Meinung außen vor, denn die Abgrabungen und die Flächen werden nach Recht und Gesetz in den Flächennutzungsplänen der Städte vorgegeben und durch den Kreis bei Meinungsverschiedenheiten auch nochmals überprüft. Es handelt sich hierbei um sogenannte ausgewiesene Kieskonzentrationsflächen, welche nach planungsrechtlichen Vorgaben genehmigt werden. Hierbei finden dann auch geänderte Abbaupläne des Tagebaus ihre Berücksichtigung.

Landratskandidat Dierk Timm (SPD)

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Seit längerem beobachte ich mit zunehmendem Unbehagen, dass sich die Zukunftsagentur Rheinisches Revier dem ungunstigen Beispiel anderer regionaler Zusammenschlüsse in der Region folgend zu einer Veranstaltung der Oberbürgermeister, Landräte und Hauptgeschäftsführer entwickelt. Sowohl die Kommunalpolitik als auch die Bürgergesellschaft wird eher als störend empfunden bzw. es werden ihr Alibi-Funktionen zugewiesen.

Was die Beteiligung der Kommunalpolitik betrifft, so habe ich mich inzwischen mit meinen Kolleginnen und Kollegen Fraktionsvorsitzenden im Revier zusammengeschlossen und erste Gegenmaßnahmen ergriffen.

Bei der Einbindung der Bürgergesellschaft fehlt es bislang an einer institutionalisierten Plattform. Angesichts der Größe des Gebietes kann diese nur mit Hilfe moderner digitaler Formen umgesetzt werden.

Das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen hat vor einiger Zeit im Umweltausschuss des Kreistages ein Modell einer digitalisierten Bürgerbeteiligung vorgestellt, das großen Anklang fand. Natürlich muss die konkrete Umsetzung den Betroffenen nicht top down übergestülpt, sondern mit diesen gemeinsam entwickelt werden.

Als Landrat werde ich von Amts wegen dem Aufsichtsrat der ZRR angehören, wo die operativen Entscheidungen fallen. Ich werde mich dort für die Entwicklung einer modernen Form der Bürgerbeteiligung einsetzen.

2. Was soll Ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Ich hoffe, dass die neue Planung des Tagebaus Hambach so ausfällt, dass der Bereich bergbautechnisch erhalten bleiben kann. Dann könnte ich mir eine Nutzung der Dorfkirche als Denkmal vorstellen. Auf den anderen Flächen könnten z.B. Projekte der Speicherstadt Kerpen angesiedelt werden, wobei Sie verstehen werden, dass ich nicht in die Planungskompetenz meiner Kerpener Kolleginnen und Kollegen eingreifen möchte.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre?

Über die grundsätzliche Ausweisung weiterer Abgrabungen im Bereich des Tagebaus Hambach wird im sog. „Teilplan Nichtenergetische Lockergesteine“, der vorgezogener Bestandteil des neuen Regionalplans werden soll, entschieden.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat bereits vor einiger Zeit im Umweltausschuss des Kreistages beantragt, im Einzugsbereich des Tagebaus Hambach auf weitere Abgrabungen zu verzichten. Leider ist dieser als Oppositionsantrag reflexhaft von der Mehrheit nicht weiterverfolgt worden.

Die Vertreter des Rhein-Erft-Kreises im Regionalrat haben jedoch für die Erarbeitung des Teilplans durchgesetzt, dass alle im Entwurf ausgewiesenen Vorhaben unter dem Aspekt der Gesamtbelastung des Raumes auf den Prüfstand kommen.

Die erforderliche Prüfung wird in den nächsten Monaten ablaufen. Da der Teilplan „Nichtenergetische Lockergesteine“ sich das Ziel der Versorgungssicherheit für 25 Jahre gesetzt hat, wird hier ein negativer Verteilungskampf zwischen den Regionen stattfinden. Ich bin jedoch der Auffassung, dass wir in der Vergangenheit erhebliche Lasten getragen haben und in unserer Entwicklung eingeschränkt waren, sodass wir für diese Auseinandersetzung gute Argumente auf unserer Seite haben.

Grüne – Kreisverband Rhein-Erft

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Die Bürgerbeteiligung muss insbesondere in der ZZR "Zukunftsagentur Rheinisches Revier" stattfinden. Noch werden in deren Gremien die Mitglieder gestellt von den Kreisen, Planungsverbänden und Industrievertretern. Dagegen werden Städte und die Bürger*innen nur indirekt beteiligt und sind ohne Stimmrecht. Dies wollen wir ändern. Wir wollen, dass die Bürgerbeteiligung ein gleichberechtigtes Element in der ZRR wird. Wir Grüne unterstützen das Konzept des Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreises Strukturwandel. So wollen wir, dass Planungszellen eingerichtet werden, damit grundlegende Entscheidungen des Strukturwandels von den Bürger*innen beraten und mitentschieden werden können.

Zusammengefasst wollen wir:

- dass die betroffenen Städte besser beteiligt werden, auch indem sie Stimmrechte erhalten.
- dass eine wirkliche Bürgerbeteiligung geschaffen wird. Sie ist die Voraussetzung bei der Gestaltung eines demokratischen Prozesses. Dazu sollen Planungszellen eingerichtet werden, in denen Bürger*innen Lösungsvorschläge erarbeiten können.
- dass der Prozess des Strukturwandels transparent wird, indem die Entscheidungstragenden in den Gremien der ZRR öffentlich erkennbar sind und Beschlüsse umgehend bekannt gemacht werden.

2. Was soll Ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Wünschenswert wäre es wenn Manheim-alt ein zukunftsorientierter Ortsteil für die Stadt Kerpen wird. Er kann als Standort eine flächenverbrauchsarme Antwort auf die Anforderung des Bevölkerungswachstum sein.

Wir wollen, dass Manheim-alt ein sozial- und ökologisch nachhaltiger Modellstandort wird.

Hierzu zählt:

- eine Mehrfamilienhaus-Bebauung, die ein modernes Landleben prägt
- eine nachhaltige, langlebige Bauweise
- eine Integration von baubiologischer Begrünung
- eine Sicherstellung eines Energieplus-Standards
- ein Zentrum für nachhaltiges und ökologisches Bauen

Neben diesen Anforderungen sollte die Kirche des alten Standortes für vielfältige Nutzung erhalten bleiben, wie beispielsweise Ausstellungen von Natur- und Industriegeschichte, Kunstausstellungen, Musikveranstaltungen und als gesellschaftlicher Treffpunkt.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre?

Als Grüne wollen wir den immensen Flächenfraß der Vergangenheit stoppen und auch unser Kulturland schützen. Dafür braucht es einen möglichst frühen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Wir lehnen den Abschlussbetriebsplan von RWE ab und wir werden alle demokratischen Mittel nutzen um diesen zu verhindern. Weitere Abgrabungen für den Tagebau oder für Kiesgewinnung sind der völlig falsche Weg für den Rhein-Erft-Kreis. Wir möchten nicht nur, dass der Hambacher Wald dauerhaft geschützt wird, sondern auch, dass Kreismittel eingesetzt werden Flächen zu erwerben, um Wald anzupflanzen, Grünkorridore auszubauen und der Artenschutz durch Wiederansiedlung zu stärken.

Landrats-Kandidat Elmar Gillet (Grüne)

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Für mich ist es wichtig, dass der Strukturwandel wirklich nachhaltig gestaltet wird. Dabei ist es nicht nur wichtig WAS wir machen, sondern auch WIE wir es machen. BürgerInnenbeteiligung ist eines der wesentlichen Elemente des "WIE". Unverbindliche Foren stellen keine ausreichende Beteiligung dar. Die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger müssen echtes Gewicht haben. In der Gesellschaft, die die Mittel für den Strukturwandel verteilt, die ZRR, müssen Vertreterinnen der Zivilgesellschaft echtes Mitsprache- und Stimmrecht bekommen. Es kann nicht sein, dass hier IHKen und bergbautreibende Konzerne allein die Vertretung der Gesellschaft sein sollen. Als einer der Erstunterzeichner unterstütze ich die Petition "Die Entscheidung über Strukturwandel-Milliarden nicht der alten Kohlelobby überlassen", die die Landesregierung auffordert, den Aufsichtsrat der ZRR für die Zivilgesellschaft zu öffnen. Als Landrat werde ich mich dafür einsetzen, dass ANSEV und den Naturschutzverbänden Gesellschafteranteile übertragen werden. Bei Strukturwandelprojekten muss überprüft werden, ob diese nicht nur privatwirtschaftlichen Unternehmen, sondern auch gemeinwohl-wirtschaftlichen Organisationsformen, wie z.B. Genossenschaften übertragen werden können, an denen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Darüber hinaus muss hinterfragt werden, wie die politischen Mehrheitsverhältnisse in den Kreistagen in der ZRR besser abgebildet werden.

2. Was soll ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Der Braunkohletagebau gehört so schnell als möglich beendet. Ich möchte, dass wir in einem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Perspektiven für die Nutzung der Manheimer Flächen entwickeln. Insbesondere sollten den umgesiedelten Menschen, die in ihren Heimatort zurückkehren wollen, vernünftige Angebote gemacht werden. Ich kann mir gut vorstellen, aus Manheim einen klimaneutralen und ökologischen Ort zum Leben, Arbeiten und Verweilen zu machen.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus

Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre?

Diese Frage beantworte ich kurz und knapp: Für mich ist die Vorstellung unerträglich, dass wertvolle Böden für Landwirtschaft und Flächen für Waldvermehrung und Naturschutz zerstört werden, um die Löcher eines klimaschädlichen Braunkohleabbaus zu verfüllen.

FDP – Kreisverband Rhein-Erft

keine Rückmeldung

Linke – Kreisverband Rhein-Erft sowie Landratskandidat Hans Decruppe (Linke)

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier als Folge des Ausstiegs aus der Braunkohle wird die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Rhein-Erft-Kreis grundlegend umgestalten. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er unter aktiver Einbeziehung und Beteiligung der Menschen stattfindet.

DIE LINKE im Kreistag hat daher in der Vergangenheit drei erfolgreiche Tagungen (in 2012, 2016 und 2018) durchgeführt, um den Dialog zwischen Gewerkschaften (DGB, ver.di, IG BCE), den Umweltverbänden (Greenpeace, BUND NRW), Wissenschaft und lokal betroffenen Bürger*innen voranzubringen.

Nach dem am 03.07.20 vom Bundestag beschlossenen „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ ist die sog. Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) für die Steuerung des Strukturwandels zuständig. Die von ihr betriebene „Bürgerbeteiligung“ hat jedoch vielfach Alibi-Charakter. Maßgebliche Entscheidungsprozesse laufen für die/den Normalbürger*in völlig intransparent ab. So wurden bereits im Mai 83 Projekte als förderungswürdig empfohlen. Bei den meisten dieser Projekte sind jedoch bis jetzt weder die Träger der Projekte noch die konkreten Umsetzungsideen bekannt. Insbesondere ist nicht bekannt, ob die Projekte ökologisch nachhaltig sind und vor allem – in sozialer Hinsicht – wieviel neue gute bezahlte, unbefristete und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze dadurch geschaffen werden. Wie sollen Bürger*innen da mitreden können.

Eine engagierte Bürgerbeteiligung beim Strukturwandel halten wir auch deshalb für notwendig, weil im vorerwähnten „Strukturstärkungsgesetz“ eines der drei im ursprünglichen Gesetzentwurf enthaltenen Kriterien für die Auswahl der Förderziele, nämlich die "Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie" gestrichen und durch eine Sollbestimmung aufgeweicht wurde.

Als Linke halten wir es daher für unbedingt erforderlich, dass mehr gesellschaftliche Gruppen – aus dem sozialen Bereich, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kultur und Wissenschaft sowie durch Los ausgewählte Bürger*innen – in den Aufsichtsgremien der ZRR vertreten sind. Zudem müssen diese Gremien öffentlich tagen, was natürlich unter Corona-Bedingungen zwar schwierig, aber für eine demokratische Beteiligung

am Strukturwandel unverzichtbar ist und natürlich auch technisch online realisierbar wäre.

2. Was soll ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Die Zerstörung von Manheim ist bereits weit fortgeschritten. Wir fordern, dass das gestoppt wird. Ein Wiederaufbau des Dorfes dürfte aber nicht realistisch sein. Ich könnte mir jedoch vorstellen, dass einzelne Gebäude – wie z.B. die entweihte Kirche – als Museum für den Braunkohlebergbau und den Braunkohlewiderstand eingerichtet und genutzt werden. Dies könnte ein förderfähiges Kulturprojekt im Rahmen des Strukturwandels sein.

Aus linker Sicht sollte das Umland von Manheim stark aufgeforstet werden; einerseits um den Erhalt des Hambacher Waldes zu unterstützen und um eine ökologische Brücke zwischen dem Hambacher Wald und den umliegenden Bürgewäldern zu schaffen. Der Rhein-Erft-Kreis gehört zu den waldärmsten Gebieten; das sollte sich mit Blick auf den Klimawandel ändern. Der Ausstieg aus der Braunkohle bietet hier Chancen.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre.

Die beabsichtigten neuen Kiesgruben bzw. die Erweiterung bestehender Gruben lehne ich ab. Das sehen die Fraktionen der Linken im Regionalrat Köln und im Kreistag genauso. Derartige Abgrabungen ständen im Widerspruch zum Erhalt des Hambacher Waldes und der von mir schon in der Antwort zur 2. Frage betonten Notwendigkeit der Waldvermehrung.

Freie Wähler– Kreisverband Rhein-Erft sowie Landratskandidat Karl Heinz Spielmanns (Freie Wähler)

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Bürgerbeteiligung ist uns FREIEN WÄHLERN sehr wichtig, deshalb unterstützen wir in zentralen Fragen beispielsweise auch Ratsbürgerentscheide durchzuführen. Die Steuerung des Strukturwandels ist bei der ZRR verhaftet, findet aber natürlich ganz real in den Kreisen und Kommunen statt. Hier ist einerseits ein Mitspracherecht der Bürgermeister eingeräumt worden und darüber hinaus ist die Zivilgesellschaft schon jetzt über Diskussionsforen, Onlinemeetings und Revierwerkstätten eingebunden. Dies ist zwingend erforderlich - auch um eine Akzeptanz des Wirtschafts- und Strukturprogramms im Rheinischen Revier zu erreichen. Im Fokus sollte unbedingt die Nachhaltigkeit stehen und das Einbinden der Bürger wo immer es geht - Transparenz bei der Entscheidungsfindung ist wichtig!

2. Was soll ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Es kann nicht wirklich sinnvoll sein einen bereits umgesiedelten und teilweise zurück gebauten Ort zu erhalten, den umgesiedelten Menschen wäre damit sicherlich nicht gedient.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre?

Richtig ist, dass wir eine breit getragene gesellschaftliche Empfehlung der "Kohlekommission" haben, die den Erhalt des Hambacher Forstes sicherstellen soll aber auch den notwendigen Weiterbetrieb des Tagebaus Garzweiler für die nächsten 15 Jahre (als Brückentechnologie). Die genaue Notwendigkeit der Menge der Abgrabungen im Tagebau Hambach in der sogenannten "Manheimer Bucht" wird im nun stattfindenden Braunkohleplanänderungsverfahren festzustellen sein. Dabei soll nach unserer Meinung eine Abwägung erfolgen zwischen der notwendigen Abgrabung um den Tagebau sicher, frühzeitig beenden zu können und der wünschenswerten Erhaltung von möglichst viel gewachsenem Gelände.

Piraten – Kreisverband Rhein-Erft

1. Welche konkreten Maßnahmen der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strukturwandels befürworten Sie?

Mich irritiert, dass man bei der Innovationsregion Rheinland die Beteiligung der BürgerInnen mit der Beteiligung von Parteien und Verbänden verwechselt. In dem Verfahren wurden nur handverlesene "Multiplikatoren" eingeladen, während die eigentlich betroffenen BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen den Strukturwandelprozess lediglich anhand von Pressemitteilungen nachverfolgen können.

Entsprechend gehen die bisher verabschiedeten Programme mit der löblichen Ausnahme des Ausbaus der Kölner Stadtbahn an den Bedürfnissen der Region vorbei. Arbeitsplätze sind soweit auch nur in den zahlreichen regionalen Vernetzungs- und Projektgesellschaften entstanden, die toll klingende High-Tech-Projekte hinter der grünen Wiese entwerfen.

Der Strukturwandel muss aber bei dem von ihm betroffenen Menschen und Unternehmen ansetzen. Und zwar auf einer individuellen, maßgeschneiderten Basis. Wir müssen uns fragen: Was braucht der Kraftwerksmeister aus Kerpen um die 20 Jahre bis zur Rente beruflich zu überbrücken? Wie können Zuliefer- und Veredelungsbetriebe mittels Kapital und Know-How neue, zukunftssichere Geschäftsfelder erschließen? Wie kann der Kaufkraftverlust, das Wegbrechen der Ausbildungsplätze kompensiert werden?

Wir brauchen keine geschlossenen Think-Tanks, die erst noch Projekte zum Strukturwandel ersinnen müssen, nachdem dieser 20 Jahre absehbar war. Die "Projekte" sind abholbereit überall in unserem Kreis zu finden: Die Menschen und die Unternehmen, die jahrzehntelang die Basis unseres Wohlstandes erarbeitet haben. Ihnen dabei zu helfen sich weiterzuentwickeln und aus eigener Kraft neue Zukunftsperspektiven zu schaffen ist die eigentliche Herausforderung des Strukturwandels. Die Bürgerbeteiligung die ich mir wünsche, beginnt am Werkstor und nicht beim Word-Cafe mit Häppchen.

2. Was soll Ihrer Meinung nach im Ortsgebiet Manheim (alt) passieren?

Meiner Ansicht nach sollten dies die Kerpener BürgerInnen entscheiden. Wir stellen uns eine genossenschaftlich organisierte Bürgerbeteiligungsgesellschaft vor, die Projekte auf Konversionsflächen entwickelt.

3. Wie stehen Sie zu den geplanten Abgrabungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach, durch die der Bereich weder für Landwirtschaft und Waldvermehrung noch für zukunftsweisende Betriebe nutzbar wäre.

Bebau- und bepflanzbare Fläche wird im 21. Jahrhundert das Gold Kerpens sein. Entsprechend verrückt ist es meiner Ansicht nach, dieses Gold in Gruben und Seen zu versenken.

AfD – Kreisverband Rhein-Erft

keine Rückmeldung